

# Resultate von der Lohnraubfront

Im Februarheft 1932 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ werden die ab 1. Januar 1932 gültigen Tariflöhne veröffentlicht. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind die tariflichen Arbeitsverdienste ungefähr auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgedrückt worden.

Wie hoch lagen nun eigentlich die Tariflöhne am 10. Januar 1927? Darüber gibt nachstehende Tabelle, die wir dem Reichsarbeitsblatt entnehmen, Auskunft, wobei wir bei einer Anzahl von Gewerben die Lohnsätze vom 10. Januar 1927 den Tariflöhnen von Anfang 1930 (die im großen und ganzen den Höchststand der tariflichen Verdienste in den letzten Jahren widerspiegeln) gegenüberstellen und gleichzeitig die Differenz in Prozentziffern angeben:

Gewerbebranche	Tariflöhne vom 10. Januar 1927		Durchschnittlicher tariflicher Verdienst in Pfl. am 1. 1. 1930		Die Tariflöhne lagen Anfang 1930 niedriger als Anfang 1927 um v. H.	
	Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
Steinkohlenbergbau	102,9	59	123,9	78	—	—
Braunkohlenbergbau	76,0	65,4	—	—	—	—
Metallverarbeitende Industrie	75,9	60,4	103,3	77,4	26,5	22
Chemische Industrie	86,1	70,1	107,9	89,1	20,2	21,3
Baugewerbe	103,3	79,7	140,9	116,1	29,7	31,3
Papierverarbeitungsindustrie	73,6	57,3	93,3	78,3	25,1	26,8
Papierverarbeitende Industrie	93,4	69,8	—	—	—	—
Buchdruck-Gewerbe	96,1	85,0	116,9	101,8	17,8	16,5
Holzgewerbe	92,1	76,0	123,5	106,4	25,4	28,6
Feinkeramik-Gewerbe	66,8	55,5	—	—	—	—
Textil-Industrie	63,7	52,7	78,8	66,1	19,1	20,3
Bekleidungs-Gewerbe	80,7	—	—	—	—	—
Schul-Industrie	71,6	—	—	—	—	—
Brauzerzeugung	98,9	86,4	129,4	114,9	23,6	24,8
Säb-, Back- und Teigwaren-Industrie	81,1	69,5	105,6	90,8	23,2	23,4

\* Diese Lohnsätze sind dem Jahrbuch 1930 des ADGB entnommen.

Nach den Angaben in „Wirtschaft und Statistik“ betragen die neuen Löhne:

Gewerbebranche	Tarifl. Stundenlohnsätze (od. Akkordrichtsätze) in Pfennig am 1. Januar 1932	
	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
1. Steinkohlenbergbau	95,5	60,0
2. Braunkohlenbergbau	62,3	62,3
3. Metallverarbeitende Industrie	78,5	60,3
4. Chemische Industrie	87,4	80,5
5. Baugewerbe	102,7	76,0
6. Papierverarbeitende Industrie	76,0	39,4
7. Holzgewerbe	92,9	69,0
8. Buchdruckgewerbe	96,1	84,8
9. Holzgewerbe	107,5	88,3
10. Feinkeramische Industrie	70,9	58,9
11. Textilindustrie	65,0	53,5
12. Bekleidungs-Gewerbe	83,4	—
13. Schulindustrie	79,2	—
14. Brauindustrie	107,0	95,4
15. Säb-, Back- u. Teigwarenind.	83,2	71,1
16. Reichsbahn	63,7	63,7
17. Reichspost	72,5	64,0

In folgenden Gewerben und Arbeitsgruppen liegen die heutigen Sätze unter den zu jenem Zeitpunkt gültigen Löhnen: im Steinkohlenbergbau bei den Facharbeitern um 7,4 Pfg. die Stunde, im Braunkohlenbergbau bei den Facharbeitern um 0,8 Pfg. in der papierverarbeitenden Industrie bei den Facharbeitern um 0,5 Pfg. und bei den Hilfsarbeitern um 0,8 Pfg. in der Buchdruckgewerbe bei den Facharbeitern 0,2 Pfg. bei der Reichsbahn gewerbe bei den Facharbeitern um 1,7 Pfg. und bei den Hilfsarbeitern um 0,5 Pfg. In den anderen Gewerben — erlaubt sind insgesamt 17 — liegen die Tarifsätze etwas über dem Stand vom 10. Januar 27.

## Erwerbslosensiedlung — ein Ausweg?

Diese Frage überhaupt stellen, heißt schon Hoffnung bei den Proletariaten erwecken, ob es in dem kapitalistischen Chaos nicht doch noch möglich wäre, das grauenhafte Elend wenigstens etwas zu lindern. Für die KPD ist aber kein Schwundel, sondern eine ernste, nicht karneval-artig anzuknüpfen, und wenn sie eine paar konfuse Kleinbürger für ein paar Monate damit einfängt. Von diesem Vorhaben war die Versammlung getragen, welche am Sonntag, den 17. d. d. in der Bismarckstraße, ein-berufen hatte. Verantwortlich zeichnete ein sog. „Kollektiv für sozialistische Bauen“, als welches sich zur KPD gehörende Architekten, Bauleute usw. vorstellten.

In den Einladungen in der Presse waren 3 Referenten genannt, auf den Handzetteln aber schon 5, von welchen in der Versammlung 4 aufmerksam und ihre metaphysischen Gedankenkonstruktionen vom Blatt vorlesen. Der KPD ging es diesmal wohl weniger darum, mit dem Siedlungsabteil Seelen einzulassen, als einmal vor den Proleten mit den großen einzufließen, als einmal vor den Proleten mit den großen einzufließen, als einmal vor den Proleten mit den großen einzufließen.

Die beiden anderen Referenten lasen zwar das Gegenteil vor, aus einer verfehlten Schrift, die im Saal für einen Großteil käuflich war. Nur in Rußland sei Siedlung möglich, das zog aber nicht. Einige Kleinbürger verteidigten hartnäckig das sog. aber nicht. Einige Kleinbürger verteidigten hartnäckig das sog. aber nicht. Einige Kleinbürger verteidigten hartnäckig das sog. aber nicht.

Es heißt in der genannten Zeitschrift: „Im Durchschnitt aller gefähten Gewerbe stellen sich die Tarifsätze vom 1. Januar 1932 für Facharbeiter um 27 v. H. für Hilfsarbeiter um 31 v. H. höher als die für den 10. Januar 1927 ermittelten.“ Es ist also kaum der Rede wert, was die gegenwärtigen tariflichen Arbeitsverdienste über denjenigen vom Januar 1927 liegen. „Berücksichtigt man“, so wird in dem in Wirtschaft und Statistik veröffentlichten Bericht gesagt, „nur die Vertragsgebiete, in denen mit Wirkung vom 1. 1. 32 die Lohnsätze entsprechend der Notverordnung geregelt waren, so ergibt sich für diese ein Rückgang gegenüber dem Stande vom 1. 12. 1931 bei den Facharbeitern um 10,6 v. H. und bei den Hilfsarbeitern um 10,8 v. H.“

Es ist aber zu verzeichnen, daß die neuen Tariflöhne um rund 20 Proz. gegenüber den 1930 gültigen Sätzen zurückgegangen sind. Immer wieder muß betont werden, daß die Effektivlohnsumme größer ist, weil nicht zuletzt auch die über-tariflichen Verdienste auf das rigoroseste gekürzt worden sind. Im Vergleich zum Stand vom 1. Dezember 1931 betrug am 1. Januar 1932 die Tariflohnsumme für Facharbeiter 9,1 v. H., für Hilfsarbeiter 10,2 v. H., für weibl. Fach-u. ungelernete Arbeiter 9,3 v. H., für Hilfsarbeiterinnen 11,4 v. H.

Die tatsächliche Lohnsumme ist nicht nur infolge von Kurzarbeit und Fortfall von Zulagen aller Art größer als die Tariflohnsumme, sie wird noch vergrößert durch die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung im Laufe der letzten Jahre. Die Einführung der Krisen-steuer und der Bürgersteuer, deren Berechnungsgrundlage und -schlüssel der Steuerrechtlich widersprechen und die daher ebenso einer Revidierung bedürfen, wie die mit Treu und Glauben über die Steuerzahl auf Rückzahlung zuviel gezahlte Lohnsteuer. So ergibt sich, wenn man die Bilanz der Lohn- und Preissenkung, eine beträchtliche Senkung der Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung.

Die tatsächliche Lohnsumme ist nicht nur infolge von Kurzarbeit und Fortfall von Zulagen aller Art größer als die Tariflohnsumme, sie wird noch vergrößert durch die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung im Laufe der letzten Jahre. Die Einführung der Krisen-steuer und der Bürgersteuer, deren Berechnungsgrundlage und -schlüssel der Steuerrechtlich widersprechen und die daher ebenso einer Revidierung bedürfen, wie die mit Treu und Glauben über die Steuerzahl auf Rückzahlung zuviel gezahlte Lohnsteuer.

## Frankfurt a. M.

Der Zweck heiligt die Mittel! Die KPD hat mit ihren Nebenorganisationen den früheren „Tempel der Heilmarsch“ zum Kulturhaus der Arbeiterschaft.

## „Spariakus“

Die Zeitschrift für Kommunismus, die die Prinzipien der Kommunistischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakei und Oester-reich propagiert, erscheint jetzt auch in deutscher Sprache. Die nächste Nummer kommt Mitte März zum Versand. Der Preis des zwölftägigen Heftes ist 10 Pfennig.

## Bestellungen nimmt in Deutschland entgegen die BUCHHANDLUNG FÜR ARBEITER-LITERATUR BERLIN SO 36, LAUSITZER PLATZ 13

Die Zeitschrift für Kommunismus, die die Prinzipien der Kommunistischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakei und Oester-reich propagiert, erscheint jetzt auch in deutscher Sprache. Die nächste Nummer kommt Mitte März zum Versand. Der Preis des zwölftägigen Heftes ist 10 Pfennig.

## Aus der Bewegung

### Forst

#### Die Masken fallen.

Immer grausamer werden die Masken von dem Gesicht der herrschenden Klasse und seiner Trabanten wegzerrissen. Speziell der parlamentarische Biederzahn und zerkerschnittenen Firtelanz entlarven sich immer mehr, und wird das, was 1929 Partei und Union zu der These der „Ausnutzung der Parla-mente als revolutionäre Tribüne“ erklärt haben, immer mehr erhärtet.

Auch hier in Forst (Lausitz) ist wieder einmal ein Ge-schwür geplazt und erregt so manches „radikale“ Kleinbürger-herz. In der Stadtverordnetenversammlung vom 15. 12. 31 gab der KPD-Stadtvorordnete Alfons Schmollius für sich und seinen Ge-nossen Scholz folgende Erklärung ab:

„In Anbetracht dessen, daß unsere Partei von uns eine Erklärung verlangte, die wir aber beide niemals als freie un-richtige Menschen unterschreiben können. Weil wir beide uns der Einführungsermächtigung des neuen Oberbürgermeisters beteiligt haben, macht man uns deswegen schwere Vorwürfe. Wir legen beide das Mandat nieder und treten aus der Par-tei aus.“

Unter anderem jämmerliche Schmollius noch, daß er anerns aus der Partei scheidet, daß er immer im Sinne der arbeitenden Klasse tätig war, und genug wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte. Jetzt ist es genug, er sei kein Kriecher usw. Es sei hier bemerkt, daß der dritte Stadtvorordnete der KPD, Frau Hor-nik, nicht anwesend ist. Der erste Teil ist nicht wichtig, aber die Abschiedsrede des Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Hugo Pürschel, gerichtet an die Adresse der 2 scheidenden KPD-Stadtväter, muß sich jeder Arbeiter, speziell die KPD-Proleten, merken. Der Ausbeuter Pürschel dankte den scheidenden KPD-Großen und bemerkte, daß der Stadtvorordnete Schmollius als Mitglied des Finanzausschusses immer mit guten Gedanken und Anregungen mitgearbeitet hätte, und sprach Schmollius noch besonders den Dank aus. Das Forster Käseplättchen bemerkt dazu, daß es an diesen kommunistischen Familienangehörigen der 2 Stadtvorordneten persönliche Achtung entgegen-bringen.

Was bedeutet das, wenn man diese radikalen Parla-men-tarier öffentlich lobt? Das heißt nichts anderes, als daß sol-liche immer die Interessen der Stadt und damit der herrschen-den Klasse vertreten haben; alles andere war nur Theater für die Wahlschule. Auch der Wink mit dem Zauphaln an die Adresse der KPD ist lehrreich.

Hier haben in der Vergangenheit schon immer an das Treiben dieser Herrschenden hingewiesen, wobei uns nicht per-sönliche Angriffe leitet, sondern diese Personen waren die sonderliche Angriffsziele des parlamentarischen Systems. Eins muß Charakterisierung des parlamentarischen Systems. Eins muß hier angezogen werden: Obwohl Schmollius und sein Genos-se der KPD sehr wenig Sympathie besaß und besitzt, sei hier vor allem die große Mehrheit der Arbeiter für Altman war. Warum? Befehle von oben. Für uns waren Schmollius und Pürschel immer mehr erkennen lassen, wenn sie bisher ihr Ver-trauen schenkten. In der selben SPD, rotineuer Versammlung der Parteimitglieder, die die Parteimitglieder der KPD entliehen, wurde auch das Doppelwort „junker“ SPD entliehen. Die Linke lehnte die Vorlage ab. Sie konnten das tun, weil die Majorität in an Notverordnungen ge-bunden ist. Alles lächerliches parlamentarische Guckluder-treiben, hier Brezche zu schließen, den Arbeitern voranzutreiben, die Arbeiter der Genossen von Union und Partei muß es sein. Die Aufgabe der Genossen von Union und Partei muß es sein. Die Aufgabe der Genossen von Union und Partei muß es sein. Die Aufgabe der Genossen von Union und Partei muß es sein.

## Organisatorische Mitteilungen

Reich  
Weißensee.  
Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, bei A. Mehrheim.  
Alte Leipziger Str. 15; Diskussionsabend.

Ortsgruppe Dortmund.  
Jeden Montag Funktionärsitzung.  
Jeden Dienstag Schulungsabend.  
Freitag, nachmittags 2 Uhr, Versammlung der KAP-BO (Schmettkerbrücke).  
Jeden 2. Freitag im Monat Vorstandssitzung der KAPD (Restaurant Teutenberg, Westendpark, am Markt, gegenüber dem Postamt).  
Freitag im Monat Mittlere Versammlung (Groß-Dortmund).

Soweit nicht besonders angegeben, beginnen die Versammlungen abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Bonn.  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderer, Doetschstr. 5.  
Sympathisierende und KAZ-Leser haben Zutritt.  
Dortseits können auch die Zeitungen bestellt werden.

## Eingänge für den Briefkasten

in Monat Februar.  
W. Erbe, Berlin . . . . . 2.—  
T.R.O. . . . . 3,80  
W. J. Schmitz, Burgsteinfurt 1.—  
Hopko . . . . . 2.—  
Ungenannt, Britz . . . . . 1.—

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hochbarth, Berlin-Lichtenberg. Druck: Drucker für Arbeiterliteratur Willy Iszonat, Berlin O 17, Lange Str. 79.

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Oberbaum 8 7832.  
Berlin, April 1932  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.  
Bei Bezug unter Streifenband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.  
Insertate werden nicht aufgenommen.

# „Kampfpause“

## Der versackte Krisenkongreß

Damit der erhabene Gedanke der „Erlösung“ und „Auferstehung“ nicht durch das häßliche Geschrei der Verhungernden diskreditiert wird, ist von der Regierung ein Osterfriede befohlen worden. Das scheint die große Mode in der modernen Regierungskunst zu werden. Neben den Botschaften über Kreuzigung und Auferstehung, schwebte der Gott der deutschen Dichter und Denker über den verödeten Fabriken und gefüllten Gefängnissen: Goethe. Im großen und ganzen ist der „Osterfriede“ von allen Parteien eingehalten worden. Nur die Selbstmörder störten die Andacht. Und die Hitlerjünglinge durften provokatorisch demonstrieren, daß sie auf der Lauer liegen, um sich auf das Proletariat zu stürzen, wenn es trotz allen „Geistes“, der ermerwies ausgeschiedet wird, nicht friedlich bleibt.

Soweit ein gesundes Hirn durch bürgerliche „Bildung“ und „Wissenschaft“ oder sozialdemokratische „Schulung“ nicht unheilbar erkrankt ist, reifen aber gerade angesichts dieser „Verzeigung“ die primitivsten Gedanken. Wenn z. B. die Millionen, die aus den Fabriken geworfen wurden und werden, sich die leeren Fabriken ansehen und bedenken, daß Werkzeug, Wissenschaft und Technik doch nur Mittel sind, der Erde die Lebensbedürfnisse für die Menschheit abzurufen; die arbeits-bereiten, hungernden und verhungerten Menschen von den Säften jedoch gehindert werden, durch Arbeit ihren Hunger zu stillen. Warum erprobt diese „Geist“-schwitzende Gesellschaft ihre Weisheit nicht an dieser einfachen Frage? Warum zerrt man da Jesus und die Propheten vom Himmel und das letzte Husten von Goethe aus den verstaubten Archiven? Wie leicht kann ein einfacher Arbeiter auf die Idee kommen, daß die saten Philosophen des Jahres 1932 deswegen so viel „Geist“ ausschütten, weil sie bei dem ersten Gedanken über die wirkliche Welt ihre Fleischtpote gefährdet sehen? Daß die „weltabgewandten“ Antimaterialisten für sich den gedeckten Tisch beanspruchen; der „Geist“ ist für alle ein Brot und ohne Wohnung. Trotz Burgfrieden und Notverordnungen erscheint der Gummiknüppel und der Geist Goethes, sie liegen wie Figuren auf dem Tisch dicht beieinander. Was ein „ungeschulter“ Arbeiter von Leuten denken soll, die er hinter dem Nebel ihres „Geistes“ in ihrer menschlichen Jämmerlichkeit sitzen sieht, ist ganz unvorstellbar.

Der blauen Dunst vormachen zu können. Dann läuft die Karre ganz von selbst. Die parlamentarisch angekurbelten Massen handeln nach parlamentarischen Zweckmäßigkeiten. Sie „schlagen“ erst Hitler, und dann „schlagen“ sie Hindenburg. Man muß verstehen, was die Bourgeoisie wollte: Ein Vertrauensvotum für ihre Politik gegenüber dem Proletariat! Dieses Vertrauensvotum hat sie erhalten, ohne daß den Arbeitern der Sinn des Theaters zum Bewußtsein kam. Der Zweck des Manövers wird jedem Arbeiter klar erhellt, wenn er in den nächsten Tagen und Wochen die durch neue Notverordnungen „reorganisierten“ Löhne und „Wohlfahrts“-Hungerpfennige ausbezahlt bekommt.

Eine parlamentarische Partei kann das Wesen einer parlamentarischen Politik nicht entlarven, sonst müßte sie die Sinnlosigkeit ihrer eigenen Politik aufzeigen. Sie muß zu einer Kraft im Dienst der Manöver der herrschen-den Klasse werden. Praktisch zeigt sich das einmal darin, daß die KPD dem Hindenburg-Block die Massen zutrieb, zum anderen darin — und das müßte bei vielen KPD-Arbeitern Anlaß sein zum Nachdenken —, daß es in der Macht der Bourgeoisie liegt, das Manöver auf dem von der Bourgeoisie bestimmten Boden solange auszuweiden, wie es ihr paßt und so auch den parlamentarischen Sieg auszunützen.

Der „zweite Wahlgang“ wird das zeigen. „Gezählt“ ist, also sagen sich viele KPD-Wähler, wozu noch einmal „zählen“. Wozu „Bewegung“ um der „Bewegung“ willen? Wozu einer Ringkampf mit sich selbst? Sie wissen, daß die Bourgeoisie-Parteien alle Mittel in der Hand haben: Zeitungen, Rundfunk, Geld; die „öffentliche Meinung“ wird fabriziert wie Stiefelwachs, Kreuzfixe oder Tripperspritzen. Die KPD-Oberbonzen quatschen von „Organisierung des Kampfes um Arbeit und Brot“, haben Wunschkettel für Erwerbslose, Rentner, Bauern und Budiker, deren ökonomische Interessen sie „verbinden“ wollen mit dem Wahlkampftag. Warum dazu „Wahlkampf“? Proletarische Klassenpolitik ist: den parlamentarischen Rummel der Bourgeoisie zu entlarven und ihr ins Gesicht, Grundsatzziele zu der Frage Stellung zu nehmen, sind die „Leiter“ feige.

Die SAP und das Oppositions-geschneidene um Brandler und Urbahn bekommen, trotz ihrer Wahlhilfe für die KPD, nachträglich Hebe. So grobschlächtig, daß ein Teil aus Wut ebenfalls nicht mehr mittun wird. Hinter dem zweiten Wahlgang folgen dann die Wahlen zu den Landtagen. Die KPD hat sich so in der parlamentarischen Wahlmaschine verfangen, daß sie über ihre eigenen Knochen stolpert.

Die GPU wachen arzwöhnlich darüber, daß ihnen nichts geschieht. Ob ein „Nichtangriffs-pakt“ zwischen Japan und Rußland besteht, das auszuplaudern ist für die Russen eine Frage der Zweckmäßigkeit, im Moment wäre es falsch. Ob Rußland etwa den Krieg erklären soll? fragt die „Rote Fahne“. Wie göttlich naive! Wenn die imperialistischen Truppen die „Roten Armeen“ in China angreifen? Ist es da nicht eine selbstverständliche Pflicht proletarischer Solidarität, daß die russische rote Armee auf den Plan tritt? Die „Friedenspolitik der Sowjetunion“? Seit wann wird man durch „Friedenspolitik“ gestützt. Ist diese unverschämte pazifistische Knochenweichheit nicht auch für die KPD, Arbeiter starker Toback? Was soll denn das Geschrei von „Verteidigung der Sowjetunion“? Wir verstehen der Fünftjahresplan, der Zehnjahresplan, der Hundertjahresplan! Man schafft in Rußland gerade die Fundamente zum „Sozialismus“, da darf nichts dazwischen kommen. In Deutschland haben die Arbeiter auch ihr Gutes; ein paar tausend haben mehr Arbeit — die Profite stecken die Kapitalisten ein. Infolge des russischen Aufbaus reitet daher die III. Internationale auf der schon so jämmerlich abgebeteten pazifistischen Schindmähre herum, damit der Aufbau nicht stockt. Dazu paßt allerdings die parlamentarische Strategie der einzelnen Sektionen wie Seitenkünstler in die SPD. Das ist also der „revolutionäre“ Burgfrieden.

Die Bourgeoisie sieht diese Tatsache. Sie läßt von Zeit zu Zeit Nebelschwaden aufziehen, um die Absichten des Proletariats für das Erkennen der wirklichen Dinge und sich den daraus ergebenden Konsequenzen zu trüben. Einige parlamentarische Großkampagne in Form von Wahlen sind die Nebelschwaden, um das Proletariat abzulenken von seinen ureigensten Aufgaben. Und solche Großkampagne, wenn sie nicht völlig inhaltslos sein sollen, müssen das notwendige Programm haben, um genügend Anziehungskraft zu erzielen. Und hier knüpfen die gesellschaftlichen Höhrangarten mit feinem Instinkt bei den unmittelbaren Opfern der Krise an.

In den Mittelpunkt wurde die Arbeitsbeschaffung gestellt. Das ist das Zugkräftigste und macht auch Eindruck auf jedermann. Die Gewerkschaften gingen mit „gutem Beispiel“ voraus; denn die Situation zwingt die Spitzenkörperschaften des ADGB, sagt Herr Leipart, „ein Stück ihrer wohlbekanntesten, her-kühnen Mäßigung aufzugeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuschrecken“. Flugs waren die „verantwortlichen Stellen“ da, und die Arbeitsbeschaffung wurde zum Feldgeschrei aller. „Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlich Ausdruck geben“, verkündete der

Man konnte die Frage aufwerfen, ob Absicht hinter dieser Taktik steckt. Doch bei näherer Betrachtung des Weltbildes ergeben sich für den, der nicht blind ist, von selbst deutliche Schlussfolgerungen.

Noch immer finden die Truppenteile des japanischen Imperialismus über die Ost-China-Bahn mit Ein-willigung Rußlands statt. Noch immer sitzen die Würden-träger des japanischen Imperialismus in der japanischen Botschaft in Moskau, und die Rote Armee und

Hindenburg-Frontkämpfer Th. Lejpart vor dem Bundesausschuss des ADOB am 15. 2. 32. Und so sollte am 23. März der berühmte Krisenkonferenz der Gewerkschaften in großem Stile folgen zu dem einzigen Zweck, über Arbeitsbeschaffung zu reden. Aber dieser so bombastisch verkündete Krisenkonferenz blieb eine Angelegenheit der Ankündigung. Urplötzlich verkündete die hohe Bürokratie, daß der Kongreß nicht stattfindet, und sie schoben vor den Oesterliedern. Aber dieses war nur ein Verlehnheitsprodukt um das wirkliche Drum und Dran zu vertuschen.

Inzwischen stand nämlich die völlige Kapitulation der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat bereits auf der Tagesordnung. Die gleichzeitig offenbarte, daß die ganze „Aktion“ der Gewerkschaftsbürokratie ein elendes ordinäres Manöver gegenüber dem Proletariat ist.

In der „Frankfurter Zeitung“ enthielt der Chefredakteur derselben, Dr. Artur Feiler, der Mitglied des Reichswirtschaftsrates ist und an den Arbeiter des Zentralausschusses bei der Fertigstellung des Arbeitsbeschaffungsplanes des Reichswirtschaftsrates mitgewirkt hat, daß der Plan des Reichswirtschaftsrates mit allen einschließlich der Stimmen der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Gewerkschaften angenommen wurde. Wörtlich vernehmen wir von Feiler: „Damit hat hoffentlich die Arbeit des Reichswirtschaftsrates zu einer wertvollen Klärung der öffentlichen Diskussion geführt. Sein Gutachten ist im Zentralausschuss einstimmig angenommen worden, also auch mit den Stimmen der Gewerkschaftler...“

Wie sieht die wertvolle Klärung aus? Hören wir Feiler über die Denkschrift des Reichswirtschaftsrates: „Das Fazit des Berichts, den der Zentralausschuss des Reichswirtschaftsrates soden vorlegt, aber ist klar: an verantwortlichen Objekten für zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist in Deutschland gewiß kein Mangel. Aber bei dem Finanzierungsproblem liegen die eigentlichen Schwierigkeiten... Das einzig wirklich entscheidende Problem ist die Beschaffung der Mittel. Wo sollen sie herkommen? Der Bericht des Reichswirtschaftsrates untersucht die dafür möglichen Quellen — mit einem sehr zur Bescheidung mahnenden Ergebnis.“

Feiler erzählt dann noch über die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten, die im Zentralausschuss erwohrt wurden und kommt zu der Schlussfolgerung, daß die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Mittel so sehr bescheiden sind, daß das Problem eigentlich als ungelöst anzusehen ist. Also? Der Theaterdonner, der da inszeniert wurde, hat sich in hohem Grade vermindert. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsrates als das Kernstück aller Arbeitsbeschaffungsarbeiten verrät mit aller Deutlichkeit, daß an der Arbeitsmarktlage nichts zu ändern sei, weil nämlich mit der völligen Erschütterung der Produktion auch das Kreditssystem mit aller Schärfe unter den Hammer der Krise gekommen ist. Als einziger „Lichtblick“ erscheint der anrührende freiwillige Arbeitsdienst angewandt in der landwirtschaftlichen Melioration, der „als besonders produktionsfördernd“ angesehen wird, bedeutet er ja auch mit seinen Koll-Arbeitsbedingungen ein glänzendes Profitgeschäft für das Kapital.

So wird klar, warum der ADOB verzichtete, den Kongreß mit seinen „leidenschaftlichen Ansprüchen“ nicht vom Stapel zu lassen. Was sollten die Leute noch zusammenkommen sie wollten über die Krise und ihre „Bekämpfung“ reden und hatten vorher schon selbst die Krise in ihren Knochen, indem sie im Reichswirtschaftsrat das Urteil über sich selbst fällten, daß sie Pleitezeiter, Bankrottreue sind.

Der Reformismus wird durch die ökonomische Entwicklung, durch die raue Wirklichkeit der kapitalistischen Todeskrise nicht nur in seinen ideologischen Grundlagen untergraben, sondern auch in seinen organisatorischen Fundamenten. Wo der Niedergang des Kapitalismus alle reformistischen-demokratischen Illusionen entwirft, in dem der Druck auf den Magen der Proletariat immer stärker wird, bersten auch die organisatorischen Träger dieser Illusionen, die Gewerkschaften.

## Remmelc: Die Sowjet-Union

Im Rahmen der Propaganda für die Sowjetunion als das Vaterland der Arbeiter hat die kommunistische Partei eine Zusammenfassung des bisher in Rußland geleisteten industriellen und landwirtschaftlichen Aufbaues herausgegeben. Es ist das Werk des Sozialismus als erste Etappe der Weltrevolution“ geschildert wird.

Auf der einen Seite steht für den Verfasser der sterbende Kapitalismus und auf der anderen Seite der blühende Sozialismus. Es ist für ihn außerordentlich leicht, statistisch nachzuweisen, daß die kapitalistische Krise einen ungeheuren Rückgang der Produktivität mit sich bringt und daß der industrielle Aufbau Rußlands zentrale Wandelleistungen vollbringt. Diese prozentuale Berechnung bedeutet selbstverständlich eine ungeheure Irreführung über den wahren Charakter der Entwicklung der russischen Wirtschaft, denn der Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die absolute Rückständigkeit der russischen Wirtschaft in der Vorkriegszeit und in der Zeit seit Beginn des Wiederaufbaues. Charakteristisch ist, daß ebenso wie im Zarismus auf der einen Seite der in seinen Dimensionen in den europäischen Industrieländern nicht erreicht, sondern im Großbetrieb der Schwerindustrie und der Landwirtschaft steht, während der spezialisierte und qualifizierte Arbeitskräfte benötigende Betrieb der Leichtindustrie, besonders der Maschinen-, Spezialindustrie ungleichmäßig ungenügender zurückgeblieben ist. Die Folge dieser Entwicklung ist auch die völlig manuelle Versorgung der Arbeiterschaft mit Industrieprodukten. Dies trifft besonders für die Textil- und Lederindustrie zu.

Die große Desorganisation im Transportwesen beruht gleichfalls auf der zaristischen Erbschaft. Auch hier konnte eine erhebliche Verbesserung nicht erreicht werden, trotzdem Riesensummen investiert wurden, die an Größe und an technischer Ausführung den amerikanischen Weltwundern in keiner Weise nachstanden. Die ganze russische Genialität zeigt sich im Entwerfen glänzender Pläne und in einer ungeheuren Propaganda. Für diese Pläne selbstverständlich ist, daß in einem Lande, in dem die Industrialisierung sich erst in den Anfängen befindet, ein ungeheurer Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist. Infolge dessen ist auch die Arbeitslosigkeit unbekannt. Dadurch, daß die Arbeiterschaft in Verhältnis zu den Produktionsmitteln eine erhebliche Quelle der Erwerbslosigkeit verstorft. Es ist auch nicht zu verkennen, daß in Rußland mit ungeheurer

Mit dem weiteren ökonomischen Druck auf die Arbeiterklasse und auf die Mode wie die Lawine der Überflüssigen mehr und mehr anschwellt, muß auch die Bürokratie damit rechnen, in ihrer privilegierten Stellung im Verhältnis zur sozialen Lage des Proletariats erschüttert zu werden. Selbst ihr Paradestück, die Unterstützungskassen, drohen zu zerfallen. Angesichts einer derartigen Lage ist die Bürokratie gegenüber einem Gegensatz der Massen zur Organisation und auf erhöhter Stufenleiter zur Politik der Gewerkschaften nur gefeit, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt werden und zwar in Form von Manövern, um die Massen bei der Stange zu halten. Ein derartiges Manöver stellt der Arbeitsbeschaffungsplan mit seinem ursprünglichen erwiderten Krisenkonferenz dar. Ihr Bankrott ist im Reichswirtschaftsrat dokumentiert schlagend, daß sie unfähig sind dem Proletariat einen wirklichen Ausweg zu weisen.

Daß die KPD bei dieser utopistischen Arbeitsbeschaffung im Rahmen der bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht fehlen kann, ist nur selbstverständlich. Das verlangt schon ihre Konkurrenz gegenüber der Arbeiterfront Hindenburg-Front. Sie macht es eben mit dem Massenbegriff als Hebel der Massenbewegung, der bei ihr altbewährten Methode. Sie hat zwar kein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm; das sind „geschichtliche Dokumente“ mit eisernem Bestand; sie bringt dabei das alte vom Mai v. J. und preist es an.

Während die KPD auf der einen Seite die zynische, offene Bankrotterklärung des Reichswirtschaftsrates zum Arbeitslosenproblem mitteln muß, weil die Krise des kapitalistischen Produktionssystems gleichzeitig eine Krise des Kreditystems ist, verkündet die KPD trotzdem einen stauenden Mißwelt, daß Geld für Arbeitsbeschaffung da wäre, wenn die kapitalistische Gesellschaft nur den „guten Willen“ zeigen würde. Keine Spur davon, daß die Dinge nicht von dem „guten oder schlechten Willen“ abhängen, sondern daß das Handeln des Kapitalismus ein ökonomisches ebernes Maß ist, weil die heutige Wirtschaft von bestimmten Bewegungsgesetzen beherrscht wird, die als Grundlage haben die Kapitalkumulation und den Profit. An Stelle dieser fundamentalen Wirklichkeit setzt die KPD die idealistische Spekulation. Sie demonstriert damit nur, daß der Marxismus für sie nur noch in der Karikatur da ist.

Von dieser opportunistischen Grundeinstellung aus gesehen, ist die Meinung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD ein Karikatur von Forderungen. Ansetzung der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich, dem Verbot von Entlassungen, in den Betrieben, dem Wiederherstellen der alten Löhne vor zwei Jahren usw.; über die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch ein großzügiges Bauprogramm, können wir für Finanzierungs-möglichkeit durch Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke (Armee, Marine, Justiz, Polizei) und anderen Dingen mehr.

Dieser Utopismus der KPD ist kaum zu überbieten. Anstatt rücksichtslos die noch vorhandenen Illusionen in den Massen über die Machtverhältnisse im Kapitalismus und seinem Klassenstaat zu zertrümmern, muß bei einem derartigen opportunistischen Brei von Posten gerade die Keimzelle der Medaille in Erscheinung treten. Das ist die Organisation der Arbeiterfronten politischen Gewalt zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, die entgegengesetzt soll — nur ein Beispiel zu nennen —, nur damit die KPD mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan zurecht kommt, muß schon als grotesker Witz der Weltgeschichte gewertet werden. Durch eine derartige Politik leistet die KPD in der Front derer, die die Arbeiterklasse von ihrer ureigensten Klassenaufgabe abhalten, ebenfalls ihr Gutes. Ja, sie erscheint noch gefährlicher, weil sie sich in der Maske des Pseudo-Radikalismus etabliert.

Die Frage steht heute so: Will die kapitalistische Gesellschaft ihr Lebensprinzip, auf dem sie nur existieren kann, die Akkumulation und den Profit, aufrechterhalten, so muß die Massenvernichtung permanenten Charakter haben. Erkennt

gegenüber dem Ausland, die mehr unfreiwillig als freiwillig ist, daß die gesamte Industrie- und landwirtschaftliche Produktion auf die Mittel und Möglichkeiten des russischen Rohstoffreichtums eingestellt werden. Diese Aufgabe besteht darin, diesen Rohstoffreichtum aufzudecken, um ihn planmäßig zu verwerten. Diese Aufgabe wird durch eine Zusammenfassung der gesamten russischen Bevölkerung erfüllt. Es fragt sich nun: wer oder welche Klasse führt diese Aufgabe durch? Zweifelslos stützt sich nach außen das Sowjetssystem auf die industrielle Arbeiterschaft und auf das kleine und mittlere Bauerntum. Infolge der Rückständigkeit des russischen Arbeiters und Bauern in industrieller Beziehung vollzieht sich diese Entwicklung durch die Diktatur des Verwaltungsapparates, der bis ins letzte die Arbeitsmöglichkeiten durchorganisiert hat. Nicht der russische Arbeiter beherrscht den Verwaltungsapparat, sondern der Verwaltungsapparat beherrscht ihn. Daß sich dieser Verwaltungsapparat dabei auch der Unterstützung des russischen Arbeiters und Bauern bedient und ihn für die ihm vom Verwaltungsapparat gestellte Aufgabe interessiert, ist ein Beweis dafür, daß es sich hier um eine freiwillige Arbeit aus innerem Antrieb heraus handelt, daß der einzelne für seine Klasse handelt. Wenn diese Erkenntnis wirklich Gemeingut geworden wäre, so wäre kein Prämiens- und Lohnsystem notwendig geworden. Wenn aber der Verwaltungsapparat herrschend ist, so ist eben diese Erkenntnis ohne Notwendigkeit für die gesamte Entwicklung der Wirtschaft. Die „Sowjets“ haben in der Wirklichkeit ebenso wenig etwas zu sagen wie das souveräne Volk in den demokratisch regierten Staaten. Das Gesetz des Handels wird ihm vom Verwaltungsapparat diktiert. Daß dieser Verwaltungsapparat an sozialen Reformen ungenügend leistet und leisten kann, liegt in der in diesem System liegenden, Ersparnis von Verwaltungskosten gegenüber dem kapitalistischen System, wenn das Proletariat gegenständig dem kapitalistischen System, wenn das Proletariat in Rußland wirklich an die Macht kommt, wenn das europäische Proletariat die Herrschaft der Bourgeoisie, das Gewicht und den Druck dieses Verwaltungsapparates wird sich mit der wachsenden Industrialisierung mit Notwendigkeit gewaltsam aufzulösen werden.

Es lohnt sich aber immerhin für die gesamte Arbeiterschaft, den Weg des russischen Proletariats mit großem Interesse zu verfolgen und aus ihnen Nutzen zu ziehen. Deshalb kann auch die Lektüre des Buches jedem kritisch denkenden Arbeiter empfohlen werden.

Die internationalen Gegensätze können heute so wenig wie ausgesprochen werden, als die deutsch-österreichische Zollunion. Die Imperialisten sprechen von „Rettung“, wenn sie Ausbeutung meinen, sie können die schwachen Staaten nicht retten, weil sie nicht einmal sich selbst retten können. Die Synthese der imperialistischen und sozialistischen Produktion, die Überwindung der Gegensätze und damit der nationalen Gegensätze überhaupt, kann nur erfolgen in der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

## Sozialistische Rundschau

### Ein Traum der Agonie Donauüberdramen

Sterbende sprechen in ihren letzten Stunden oft von weiten Reisen oder anderen großen Projekten, mit denen sie sich befassen wollen — daran wird man auch erinnert, wenn man die phantastischen Programme vernimmt, mit denen die Staatsmänner des sterbenden europäischen Kapitalismus Mitteleuropas und die Agrarländer an der Donau reiten und damit die Grundlage für eine europäische „Wiederzukunft“ schaffen wollen. Ein Plan, ebenso alt und ebenso romantisch wie die deutsch-österreichische Anschlußpropaganda, besteht in einer Föderation, Zollunion oder wenigstens in Vorzugszöllen zwischen den Ländern an der Donau: Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Während aber der von den Sozialdemokraten so heiß herbeigesehnte „Anschluß“ nichts anderes zur Folge hätte, als den vollständigen Zusammenbruch der Industrie in Oesterreich und einen Zustrom von sechs Millionen Bettlern nach Deutschland, könnte die „Donauüberdramen“, wenn sie möglich wäre, den beteiligten Staaten allerdings grobe wirtschaftliche Vorteile bringen und das Leben des europäischen Kapitalismus beträchtlich verlängern — es fragt sich nur, welche der entscheidenden imperialistischen Mächte daran überhaupt ein Interesse hat? Ungarn, Jugoslawien und Rumänien könnten ihren Überschub an Agrarprodukten zum Teil in Oesterreich und der Tschechoslowakei absetzen, diese würden Länder werden für ihre Industrie ein riesiges neues Absatzgebiet gewinnen, welches im gleichen Ausmaß natürlich die anderen Industrieländer verheerend sein würde. Die Industrie würde mit einem Schlag wieder lebendig werden und den Donaumarkt überfluten — wozu hat man denn eigentlich das „Habsburgerreich“ zertrümmert, können die 45 Millionen Mark eingesparrt werden? Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzipale alle bleiben, so bedeutet die Sowjorschaft nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnraub und verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

Im Ganzen hat das Reich viel mehr in die Schiffahrtsebene als in den Donaumarkt investiert. Daß die Donau ein wichtiger Handelsweg ist, ist auch bei der Föderation des Reiches ein einziges! Acht weitere bedürftige Bestimmung des Reiches — im nächsten Jahre werden 45 Millionen Mark eingesparrt werden. Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzipale alle bleiben, so bedeutet die Sowjorschaft nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnraub und verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

Im Ganzen hat das Reich viel mehr in die Schiffahrtsebene als in den Donaumarkt investiert. Daß die Donau ein wichtiger Handelsweg ist, ist auch bei der Föderation des Reiches ein einziges! Acht weitere bedürftige Bestimmung des Reiches — im nächsten Jahre werden 45 Millionen Mark eingesparrt werden. Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzipale alle bleiben, so bedeutet die Sowjorschaft nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnraub und verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

## Von der Wiege bis zum Grab

Da haben sich viele einflügelige Proleten bis jetzt immer eingebildet, die „demokratische“ Republik mit ihren „Gummiknappen und härteren Waffen“ wären ausschließlich Organe der Bourgeoisie zur Sicherung ihrer durch den Profit gebildeten Ausbeuter-Ordnung. Und man beschrieb sie als „Vorwärts“ schwarz auf weiß, daß eine solche Ausnahme eine humanere bürgerliche erste Herabsetzung dieser stählernen Mächte in den Augen aller „breitlichen Deutschen“ bedeutet. Denn zu einem Volk, das die „hässliche“ Diktatur der Volksgenossen, zu deren Schutz selbstverständlich, auch eine Volks-Schutzpolizei, eine Volks-Revolverwehr, Volks-Gerichte und sonstige Institutionen, um nun von der engen Verbundenheit der Volks-Schupo mit allen Schichten dieser Volksmassen, von der Wiege bis zum Grab, Zeugnis abzulegen, werden die Massen zu Ostern von der Schupo zu einem Verhörungsparagrafen eingeladen. Daß sie kamen und welchen Enthusiasmus sie beim Anblick ihrer Brüder im Waffenrock“ die gut in Form waren, entwickelten, darüber berichtet der „Vorwärts“ wie folgt:

Zehntausende von Menschen — unter ihnen ortsweiliger Reichswehr — umstürzten lang vor der festgesetzten Zeit die Anmarschstraßen. Nicht bei Licht standen die Berliner, um so ihre Sympathie für die Schutzpolizei zu zeigen. Die Mannschaften machten den besten Eindruck. So glänzend geschult und prachtvoll aussehende Beamte hat man in dieser Lückenlosigkeit noch nicht zu sehen bekommen. Punkt 12.30 Uhr beginnt unter der Führung des Polizeihauptmanns Brix der Aufmarsch. Die Beamten marschieren mit überschäumendem Karabiner. Die Berliner Verkehrsschupos sind als höflich bekannt. Auch Ausländer haben oft diese unentbehrliche Eigenschaft einer Volkspolizei an der Berliner Polizei gesehen. Es konnte nicht jeder Beamte persönlich als Gastgeber zu sein.

Auch Noske hat in Hannover einen Aufmarsch mit seiner „Reichswehr“ nachstehend erzählt. Eine höchst respektvolle Ansprache gehalten hat:

„Wer es wagen sollte, vorzeitig zu versuchen, auch nur nach einem Zügel der Macht zu greifen, würde sehr schmerzliche Erfahrungen machen.“

Es ist jetzt viel von der Notwendigkeit ritterlichen Kampfes die Rede. Dazu liefert er heute einen Beitrag. Vor mir stehen fast 1000 stahlhart trainierte Männer, ausgerüstet mit guten Waffen, geschult für den Kampf mit 1000 Gefährlichen, in die heute jeder schämen kann, der von gewaltsamer Machtergreifung träumt, kaum nicht, der geschossen werden, sondern die Kugeln treffen auch. Es kommt nicht zu den Waffen, wie wir die jetzt durchleben, sondern will, woran er ist, die Polizei, die Bürgerschaft und falls es andere Leute geben sollte, auch diese.“

eigentlich an der Sache am meisten interessiert sein sollten, da nur durch eine Belohnung der Industrie der Reformismus zerreißt werden kann, sind zu spät, um ihre Chance zu ergreifen, und fassen weiter vom Anschluß an das deutsche Brodwerk, als ob nicht dem Programm der Internationale alle Völker der Erde Brüdervölker wären.

Die internationalen Gegensätze können heute so wenig wie ausgesprochen werden, als die deutsch-österreichische Zollunion. Die Imperialisten sprechen von „Rettung“, wenn sie Ausbeutung meinen, sie können die schwachen Staaten nicht retten, weil sie nicht einmal sich selbst retten können. Die Synthese der imperialistischen und sozialistischen Produktion, die Überwindung der Gegensätze und damit der nationalen Gegensätze überhaupt, kann nur erfolgen in der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

## Das Reich saniert auch Hapag-Lloyd

Man muß sich wundern, wieviel direkte und indirekte Steuern aus den paar Millionen noch arbeitenden Proletariaten der ersten Teil der sozialdemokratischen „Volksbeauftragten“ der neugebackenen Republik war es, den Reederien die Schiffe zu bezahlen, die die Kriegsskizzen ihnen zweckenommen hatten. Als dann Amerika die von ihm zweckenommenen Schiffe und sonstiges Eigentum bezahlte, steckten die Reederie die Summen ebenfalls ein. In der Folge bekam das Reederkapital vier Milliarden aus den Steuerkassen, und zwar bis in die allerletzte Zeit. Und nun ist der Bankrott wie auf Bestellung wieder da.

Trotzdem in den letzten Jahren sich jedes Kind den rückläufigen Weltverkehr an den Fingern abzählen konnte, steckten die beiden Gesellschaften noch über 200 Mill. in Neubauten, um sich gegenseitig auf Staatskosten zu bekämpfen. Hapag braucht jetzt 185 Lloyds 180 Mill. Reederkapital wird von 160 Mill. auf 48 abgeschrieben. Von den 435 und 42 Mill. Reserven blieben je 48 und ein vorhandener Spezialreserverfond von 24 Millionen Mark. Die Banken weigern sich, neue Aktien zu übernehmen, reihen dem Markt anzuhängen. Der nächste Bankrott scheint demnach schon jetzt eine abgemachte Sache. Nur das Reich bietet die Steuerzölle in den Summen. Die Proleten haben ja soeben in der Eisernen Front bekundet, daß sie gern und willig das Letzte hergeben und das Maß halten.

Für 46,4 Millionen Mark Kredite zur Betriebsführung übernimmt das Reich die Bürgschaft und läßt seine am 1. April 1932 fälligen Forderungen stehen und zwar bei Hapag 8, bei Lloyd 8, bei Hamburg-Süd 1,5 und bei Hansa 1,5 Millionen Mk. Für weitere 6,6 Mill. Arbeitsbeschaffungskredite übernimmt das Reich ebenfalls die Bürgschaft. Und schließlich zahlt das Reich noch ohne jede Gegenseitigkeit 23 Millionen Mark „Abwrackgeld“ für die — neue Schiffe gebaut werden sollen! Es wird nicht lange dauern, und sie werden auf Reichskosten wieder abgewrackt werden.

Im Ganzen hat das Reich viel mehr in die Schiffahrtsebene als in den Donaumarkt investiert. Daß die Donau ein wichtiger Handelsweg ist, ist auch bei der Föderation des Reiches ein einziges! Acht weitere bedürftige Bestimmung des Reiches — im nächsten Jahre werden 45 Millionen Mark eingesparrt werden. Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzipale alle bleiben, so bedeutet die Sowjorschaft nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnraub und verschärfte Ausbeutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

## Von der Wiege bis zum Grab

Da haben sich viele einflügelige Proleten bis jetzt immer eingebildet, die „demokratische“ Republik mit ihren „Gummiknappen und härteren Waffen“ wären ausschließlich Organe der Bourgeoisie zur Sicherung ihrer durch den Profit gebildeten Ausbeuter-Ordnung. Und man beschrieb sie als „Vorwärts“ schwarz auf weiß, daß eine solche Ausnahme eine humanere bürgerliche erste Herabsetzung dieser stählernen Mächte in den Augen aller „breitlichen Deutschen“ bedeutet. Denn zu einem Volk, das die „hässliche“ Diktatur der Volksgenossen, zu deren Schutz selbstverständlich, auch eine Volks-Schutzpolizei, eine Volks-Revolverwehr, Volks-Gerichte und sonstige Institutionen, um nun von der engen Verbundenheit der Volks-Schupo mit allen Schichten dieser Volksmassen, von der Wiege bis zum Grab, Zeugnis abzulegen, werden die Massen zu Ostern von der Schupo zu einem Verhörungsparagrafen eingeladen. Daß sie kamen und welchen Enthusiasmus sie beim Anblick ihrer Brüder im Waffenrock“ die gut in Form waren, entwickelten, darüber berichtet der „Vorwärts“ wie folgt:

Zehntausende von Menschen — unter ihnen ortsweiliger Reichswehr — umstürzten lang vor der festgesetzten Zeit die Anmarschstraßen. Nicht bei Licht standen die Berliner, um so ihre Sympathie für die Schutzpolizei zu zeigen. Die Mannschaften machten den besten Eindruck. So glänzend geschult und prachtvoll aussehende Beamte hat man in dieser Lückenlosigkeit noch nicht zu sehen bekommen. Punkt 12.30 Uhr beginnt unter der Führung des Polizeihauptmanns Brix der Aufmarsch. Die Beamten marschieren mit überschäumendem Karabiner. Die Berliner Verkehrsschupos sind als höflich bekannt. Auch Ausländer haben oft diese unentbehrliche Eigenschaft einer Volkspolizei an der Berliner Polizei gesehen. Es konnte nicht jeder Beamte persönlich als Gastgeber zu sein.

Auch Noske hat in Hannover einen Aufmarsch mit seiner „Reichswehr“ nachstehend erzählt. Eine höchst respektvolle Ansprache gehalten hat:

„Wer es wagen sollte, vorzeitig zu versuchen, auch nur nach einem Zügel der Macht zu greifen, würde sehr schmerzliche Erfahrungen machen.“

Es ist jetzt viel von der Notwendigkeit ritterlichen Kampfes die Rede. Dazu liefert er heute einen Beitrag. Vor mir stehen fast 1000 stahlhart trainierte Männer, ausgerüstet mit guten Waffen, geschult für den Kampf mit 1000 Gefährlichen, in die heute jeder schämen kann, der von gewaltsamer Machtergreifung träumt, kaum nicht, der geschossen werden, sondern die Kugeln treffen auch. Es kommt nicht zu den Waffen, wie wir die jetzt durchleben, sondern will, woran er ist, die Polizei, die Bürgerschaft und falls es andere Leute geben sollte, auch diese.“

## Die Probe aufs Exempel!

Zu den Differenzpunkten zwischen Rosa Luxemburg und Lenin gehörte auch die Frage der nationalen Kriege. Die Stellung zu dieser Streitfrage und die damit zusammenhängende Politik war nach dem Kriege nicht nur aktuell, sondern auch von wichtig praktischer Bedeutung.

Vor einigen Wochen gab der Stalinbrief das Signal zum theoretischen Ansprechen der Linie in den Sektionen der Komintern. Der Luxemburgismus wurde als wüste Ketzererei erneut verdammt, und Lenin als Unfehlbarer in den Heiligen Büchern einrangiert. Als Beweis hierfür: 100prozentige Gesinnungstreue schiedlich die Rote Fahne eine ganze Serie widerwärtiger Verleumdungen und Beschimpfungen über Rosa Luxemburg, die „Halbmenschewistin“. Zum Schluß beschwor sie die Geschichte, um die Überlegenheit des Leninismus über alles zu beweisen. Skizzieren wir kurz die Auffassungen Rosas und Lenins in dem angeführten Punkte und zeigen wir, welche Politik die KPD als die leninistische Partei darauf durchführt.

Während des Krieges, nach dem schmählichen Zusammenbruch der II. Internationale, stellte Rosa als Mitglied der Gruppe „Internationale Letztätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ auf. In diesen Thesen heißt es unter 5:

„Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung, noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgend welcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausbeutung imperialistischer Egoismen zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder, um die Welt Herrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht zum Kapital beherrschten Gebiete. In der Aera dieses entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.“

Der Sinn dieser Sätze kann nur der sein, daß nationale Kriege als Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung, über dem Wege der Nationalstaaten, in der Periode der Weltwirtschaft und Monopole vorbei sind. Die Etappe der nationalen Parteien schwindet trotz aller antarkischen Bestrebungen. Die Orientierung des proletarischen Klassenkampfes hat immer mehr nach internationalen Gesichtspunkten zu erfolgen. Daß die nach dem Weltkrieg unter nationaler Flagge aufgetretenen Kriege nur noch Auseinandersetzungen um den Teil an der Ausbeutung sind, nicht mehr ein historisches Maß zum endgültigen Siege des Proletariats bedeuten. Daß dieser veränderten gesellschaftlichen Basis entsprechend auch die Stellung der Arbeiterklasse gegenüber diesen nationalen Kriegen nicht nur wie vor dem Weltkrieg selbstständig, sondern auch anders sei.

Rosa Luxemburg sieht in den Kriegen, einschließlich der nationalen, nicht nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern auch Mittel des Klassenkampfes. In der bürgerlichen Geschichte sind Krieg und Klassenkampf keine Gegensätze. Bei ihrer Formulierung vom Ende der nationalen Kriege konnte sie sich auf folgende Stelle in Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ berufen:

„Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungskrieg, der keinen anderen Zweck hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“

So sollte mit der Behauptung; in der Aera des entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben, gekürzt werden, daß diese Form nationaler Kriege als untergeordnete revolutionäre Grundlage verbleibt ist.

Gegen diesen Punkt der Letztätze wandte sich Lenin heftig in einem längeren Artikel, der im Sammelbuch des „Sozialdemokrat“ im Oktober 1916 in der Schweiz erschien. Die Schrift in der Antwort Lenins war mitbestimmend durch die Tatsache, daß diese Fassung verschiedenen Sozialimperialisten dazu diente, ihre „abgeschmackte Propaganda der Abrüstung davon abzuleiten.“

In seinem Artikel zitiert Lenin aus der früheren Geschichte, wie Weltkrieg in nationale Kriege umschlagen können. Für den Weltkrieg 1914 betont er den entscheidenden Einfluß der imperialistischen Lage der Dinge“. Aber er hält auch noch nationale Kriege zwischen europäischen Staaten unter bestimmten politischen Konstellationen für möglich. Ferner schreibt er:

„Nationale Kriege von seiten der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich... Nationale Kriege gegen die imperialistischen Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, ja, sie sind unvermeidlich und sogar progressiv, als auch revolutionär.“

Den nationalen Kriegen wird trotz internationaler Monopole noch ein revolutionärer Charakter zugesprochen. Diese leninistische Auffassung hat bestimmte praktische Konsequenzen, die sich in der KPD, als einer bolschewistischen, oder genauer gesprochen, werdenden bolschewistischen Partei, widerspiegeln. Man kann, gewiß nicht ohne Einschränkung, die Politik der KPD als die Politik-Lenins bezeichnen: aber gerade die Behauptung des progressiv als wie des revolutionären Charakters nationaler Kriege bestimmte die Grundlagen der politischen Maßnahmen der Komintern und der KPD im Ruhrkrieg und in der chinesischen Revolution! Wohin und zu welchen Konsequenzen dieser Leninismus führte, möge eine kurze Betrachtung der Geschichte zeigen.

KAZ Nr. 2 und 3

## Die „Kultur“ macht Fortschritte

Münster. Fünf Monate lang hatte im hiesigen Gerichtsfängnis der ungarische Staatsangehörige José Sarnyel in Untersuchungshaft gesessen, da er sich des Mordes bezichtigte. Alle Bemühungen der Behörden waren vergeblich — Sarnyel's Opfer konnte nicht gefunden werden. Jetzt, nach fünf Monaten, trafen die Erhebungsakten der ungarischen Behörden ein. Es hat sich nun herausgestellt, daß der „Mörder“ die Tat frei erunden hat. Nach dem Bezeuggrund dieser Irreführung der hohen Justiz be-

## Die Probe aufs Exempel!

Anfang des Jahres 1923 besetzte der französische Imperialismus als Antwort auf die Sabotage der Reparationsleistungen das Rheinland. Es kam zum Ruhrkrieg, der von seiten der deutschen Bourgeoisie mit Sprengungen und Terrorakte gegen die französische Regie geführt wurde. Deutschland war ein vom französischen Imperialismus unterdrücktes Land. Der Ruhrkrieg, nach der leninistischen Theorie, ein nationaler Krieg mit progressivem und revolutionärem Charakter. Darum reichte sich die KPD auch in die nationale Einheitsfront ein. Der belgischen Grafen Reventlow bis zu Ruth Fischer reichte. Der Vertreter der Exekutive, Karl Radek, priest in den höchsten Tönen die Schlachtereier. In der „Rote Fahne“ vom 3. August 1923 wurde die Arbeiterklasse mit folgenden Worten vor den nationalen Karren gespannt:

„Das Entscheidende der heutigen Situation ist: die nationale Frage ist zur Frage der Revolution geworden... Wer vom Klasseninteresse der Arbeiter ausgeht, wie wir, dem erwächst die Aufgabe der Rettung der Nation... Wir sind es uns und dem deutschen Volk schuldig, die kampffähige deutsche Jugend, die sich den Völkischen angeschlossen hat über ihre eigenen Zwecke, Mittel, Möglichkeiten und Notwendigkeiten aufzuklären.“

Das progressive dieses Krieges zeigte sich allerdings erst 1931, als die Thälmann und Konsorten mit ihrem „Programm der nationalen Befreiung“ den Faschisten den patriotischen Wind aus den Segeln nehmen wollten und die eingezogenen Töne aus dem Ruhrkrieg wieder auftauten. Wenn nach Lenin nun nationale Kriege nicht nur progressiv, sondern auch revolutionär sind, dann ist die Unterstützung durch die Arbeiterklasse auch eines anderen Landes eine Notwendigkeit. Zu welchen Konsequenzen dies führt, dafür ein anderes Exempel. Im Jahre 1921 kam das Londoner Ultimatum der Entente gegen Deutschland. Dem folgte die ergebnislose Konferenz

Achtung! Ortsgruppen und Einzelleser! Die Mai-Nummer der KAZ erscheint mit rotom Kopfdruck am 22. April. Mehrbestellungen sind sofort zu richten an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

von Genau, wo die deutsche Politik im Osten eine Rückendeckung suchte, und den Westmächten den Abschluß des Rapallo-Vertrages mit Rußland präsentiert. Dann folgte der Ruhrkrieg. Während dieser Zeit erfolgte eine Drosselung der deutschen Kriegsindustrie. Aber nicht nur im Westen waren die deutschen Grenzen bedroht, sondern im Osten tat sich ein neuer Gefahrenherd auf. Das war die Aggressivität des neugeborenen Polens. In dieser Stunde der Entwicklung schloß die deutsche Regierung Ebert, Wirth und Rathenau mit Rußland einen Geheimvertrag zwecks Errichtung von Fabriken für Kriegsmaterial für Deutschland. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium drängte deutsche Industrielle (Junkers-Werke) diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen und „erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Hilfsmitteln zu decken.“ Das Kapital, welches die Reichswehr zur Gründung zur Verfügung stellte, betrug 21 Millionen Goldmark. Außerdem wurden bis 1926 jährlich 70 Millionen Goldmark zur Unterstützung der deutschen Kriegsindustrie in Rußland gezahlt.

Es kam dafür zur Lieferung von Granaten: erst mit dem Abschluß des Locarno-Vertrages, wo das Steuer der deutschen Politik wieder nach Westen geworfen wurde, sind in Sowjetrußland neue Bestellungen nicht gemacht worden, wie die Erklärung offiziell im Berliner Tageblatt vom 6. 12. 26 erklärte. Die Belieferung des deutschen Militarismus mit Granaten durch den „Arbeiterstaat der Welt“ zur blutigen Niederwerfung der revolutionären Proletariats, das ist die praktische Frucht der Leninschen These von dem revolutionären Charakter nationaler Kriege in der Periode des niedergebenden Monopolkapitalismus. Während das deutsche Proletariat alle Kräfte ansammlt, um den Kapitalismus und seine Regierungslakaien zu besiegen, liefert Rußland demselben Kapitalismus und seiner Kriegsmaschinerie als ein vom Imperialismus national unterdrückter Staat, Kriegsmaterial. Alterhand Überlegenheit über den Luxemburgismus!

Es läßt sich hier einwenden, daß die Politik der III. Internationale und ihrer Sektionen zur Deckung der russischen Staatspolitik dient, und darum diese Formen angenommen hat. Gut, das ändert nichts an ihrer leninistischen Linie.

Eine ähnliche Rolle wie gegenüber der Wirth-Rathenau-Regierung spielte die Komintern 1927 in China gegenüber der Kuo-Min-Tang-Partei, deren Politik als nationaler Befreiungskampf bedenkens- und bedingungslos unterstützt wurde. Die „Rote Fahne“ überschlug sich bald vor Begeisterung. Nach dem Siege dieser chinesischen Keremki brachte sie auf der ersten Seite ein Bild mit der Überschrift „Die Fahne der Kuo-Min-Tang weht über Schanghai.“ Den blutigen Henker Tschangkaichek als den Vorkämpfer für revolutionären Fortschritt (selbst 1927) zu feiern, das ist die tragische aber furchtbare Frucht von der Progressivität nationaler Kriege auch in der Zeit des Monopolkapitalismus. Das ist das völlige Verkennen der Klassenaufgaben des internationalen Proletariats.

Die Taten reiten schnell. Und die „Rote Fahne“ sollte das fürwitzige Beschwören der Geschichte, um die Kette luxemburgistischer Fehler zu beweisen, vorsichtigerweise unterlassen. Kette von Fehlern? Ja! Aber wo?

fragt, erklärte S., er habe als Arbeits- und Stellenloser so große Angst vor dem Winter gehabt, daß er den inerten Mord auf sich genommen habe, er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt, wird aber demnächst wieder kassiert, da er sich eine Irreführung der Behörden hat zuschulden kommen lassen. Wenn er dann diese Strafe abessen hat, wird die Sonne wieder ihre wärmenden Strahlen auch auf José Sarnyel senden, der dann also wirklich gut durch den Winter gekommen ist. — Oder sollte etwa das Gericht auf den Gedanken kommen, daß die Strafe durch die „erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet“ wird? (Steinfurter Tageblatt, 12. 3. 32.)

\*) geb. 285 Mk. Verlag C. Hoym Nachf., Berlin-Hamburg

# Neue Pläne gegen die Arbeitslosen

## Hinter dem Lärm der Wahlen Rüstungen gegen die Arbeiterklasse

Während die in der „Eisernen Front“ marschierenden Arbeiter am 13. März angeblich einen Schlag gegen die Reaktion geföhrt haben und in der nächsten Zeit beraten sind, weitere wichtige „Entscheidungen“ gegen den Faschismus und für die Hindenburgrepublik herbeizuföhren, sind die regierenden Männer in dieser Republik schon wieder eifrig damit beschäftigt, neue „Entscheidungen“ gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, die ihnen in ihrer Mehrheit schon ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Doch hier handelt es sich um Dinge, bei denen weniger die Mißentscheidung des „Volkes“, das durch seine politische „Entscheidungslosigkeit“ bewiesen hat, braucht, sondern im Gegenteil, verhält man sich der Öffentlichkeit gegenüber vorläufig äußerst schweigsam, aus lauter Zartgefühl, um die Massen in ihren Wahlillusionen nicht zu stören.

Es handelt sich um Pläne zum weiteren Abbau und für Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung sowie bei den Krisen- und Wohlfahrtsverlosenen. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt am 19. 3., daß die Gemeindeverwaltungen „plötzlich und mit knapper Fristsetzung zur Beantwortung bestimmter, nicht näher bekanntgewordener Fragen“ angewiesen seien. Es sind verschiedene Pläne vorhanden über die Zusammenlegung von A.Lu. Kru und W.E., so daß entweder eine Zweiteilung oder eine einheitliche Reichsarbeitslosenversicherung erreicht wird. Auch von einer Notabgabe, durch die die Lasten von Unternehmern und Versicherten, also den Arbeitern, aufgebracht werden sollen, ist die Rede. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt weiter in einer Version, die im Umlauf seien, u. a., daß die Wohlfahrtsverlosenen den Arbeitsämtern ganz oder zum Teil zugeführt werden sollen. Durch die Aufhebung des Reiches in Ortskassengebiete sollen bestimmte Unterarbeitslosen eingeföhrt werden. Vor allem handelt es sich um die Aufhebung des gesetzlichen Versicherungsanspruchs und Abbau der Unterstützungsätze.

Der „Grundstein“, das Organ des Bauwerkvereins, schreibt dazu in einem längeren Aufsatz vom 25. 3. u. a. folgendes:

„Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn die Pläne der Arbeitslosenversicherung mit rücksichtslosen Plänen dem gesamten Versicherungswesen zu Leibe rücken. Ganz allgemein richten sich die Forderungen auf Aufhebung des Rechtsanspruchs auf Versicherungsleistung und Einführung der Bedürftigkeitsprüfung. Sämtliche Pläne zielen auf Einschränkung großer Beiträge hin. Dagegen hat der Reichsarbeitsminister in letzter Zeit mehrere Male erklärt, „grundsätzlich“ an dem Versicherungscharakter der Arbeitslosenversicherung festhalten zu wollen. Die Reichsregierung hält sich zunächst in Stillschweigen.“

Es ist den Gewerkschaften also durchaus klar, was es eilt, den Arbeitern wieder schmückhaft zu machen, daß gespart werden muß, daß eine Entlastung erreicht werden muß, das fordert sowohl die Leipziger Volkszeitung in ihrem Artikel, wie es auch der Grundstein einseht. Sie stellen sich nur mal wieder harmlos, und tun, als ginge das auch ohne Verschlechterungen für die Arbeiter. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ zum Schluß:

„Jedenfalls muß eine klare, organisch richtige, die Gemeinden entlastende Organisation der Reichsarbeitslosenversicherung geschaffen werden, die aber nicht die Rechte der Arbeiter, den Arbeitslosen, zu nehmen und ihre an sich traurige Lage noch weiter zu verschlechtern.“

Der hier zitierte „Grundstein“ geht nun nach bewährter Methode vor, indem er zunächst noch das „größere Uebel“, die „kleinere Uebel“ wieder mal als etwas Erstrebenswertes und als Erbschaftsberechtigt zu machen. Denn die Arbeitsgeberverbände haben nämlich die reaktionärsten Pläne ausgearbeitet, denen gegenüber der Goerdelerplan doch sicher zu bevorzugen ist. U. a. hält der Arbeitsminister ja auch „grundsätzlich“ am Versicherungscharakter der A.Lu. Diese Grundsätze sind ja auch schon was wert, besonders wenn die Gewerkschaften Aussicht haben, Träger der Versicherung zu werden.

Was diese letzte Frage betrifft, die Übertragung der Erwerbslosenversicherung auf die Gewerkschaften, so wird von „Grundstein“ zunächst festgestellt, daß die Arbeitgeberverbände ganz entzogen sind. Auf diese Behauptung ist ein großes Fragezeichen allerdings sehr berechtigt. Denn es gäbe keine bessere Möglichkeit, die Arbeiter an den Kapitalismus und seinen Staat zu binden, als die Übertragung solcher Aufgaben an die Gewerkschaften.

Es wird nicht etwa in dem Artikel ein solches Ansinnen an die Gewerkschaften grundsätzlich abgelehnt, sondern es werden ganz offen die Vorteile und Nachteile, die sich dabei für die Existenz des Gewerkschaftsapparates ergeben, untersucht. Dabei wird die Zustimmung der christlichen Gewerkschaften zum Plan mit Sicherheit angenommen. Da die bürgerlichen Angestelltenverbände, die den christlichen Gewerkschaften angegeschlossen sind, von jeher Ersatzkassen für die Angestellten geföhrt haben, also Sonderleistung und Absonderung der Angestellten eintreten: Die christlichen Gewerkschaften glauben an eine Machterweiterung durch die Verkopplung mit der Erwerbslosenversicherung. Gewiß werden sich manche Unversicherten, die es sonst unterlassen hätten, aus Rücksicht auf die materiellen Vorteile, den Gewerkschaften anschließen.

Aber auf der anderen Seite, so erwägt der „Grundstein“: „Ist sicher mit einer staatlichen Kontrolle der Gewerkschaft zu rechnen. Die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit der Gewerkschaften würde dadurch erheblich beschränkt werden. Die Gewerkschaften würden auch in anderer Hinsicht sehr oft den Unmut ihrer Mitglieder zu spüren bekommen, so bei Schließung einzelner Sonderbestimmungen, die eine Härte für manches Mitglied bedeuten oder aber bei Einschränkungen der Leistungen, die sich unter Umständen — in der Krise — ergeben können. Die Gewerkschaften werden dann zum Prüdelknaben gemacht. Angriffe, die jetzt gegen den Staat gerichtet sind, treffen dann die Gewerkschaften.“

Diese Schwierigkeiten, sowie die Verschärfung des Berufssozialismus, des Berufsmonopolgedankens, die Tatsache, daß einzelne Berufe stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit besitzen, daß die Finanzierung größerer Schwierigkeiten haben, daß die Berufe, die besser daran sind, so auch die Angestellten, dann auch in der Beitragsregelung Sonderwünsche haben würden, diese Erwägungen halten die freien Gewerkschaften vor. Sie werden sich, sich vorbehaltlos dafür zu erklären. Auch die Erfahrungen, die mit diesem sogenannten „Gesetz“ in anderen Ländern gemacht sind, werden herangezogen. Der „Grundstein“ schreibt zum Schluß:

„Goerdeler und die Befürworter seines Planes suchen ein Tauschgeschäft mit den organisierten deutschen Arbeitern zu machen, das den Gewerkschaften eine zweifelhafte Machterweiterung, Betrug und Schöpfung gibt, auf der anderen Seite aber die Einrichtungen der Arbeitslosenversicherung in Frage stellt.“

Es steht außer Frage, daß den Gewerkschaften auch dieser Plan zum kleineren Uebel wird. Ihre Entwicklung zu bürgerlichen Staatsorganen nimmt damit ihren Fortsatz. Ihre ersten Unterstützungsleistungen, die ihr einziger Kitt waren, werden bei Fortdauer der Krise immer mehr in Frage gestellt. Sie werden auch, wenn es nötig ist, die Nachteile in Kauf nehmen und ihr letztes, und die solideste, staatliche Grundlage stellen, als weiter von den immer weniger einlaufenden Beiträgen allein abhängig zu sein. Was mit Tarif- und Schlichtungswesen, mit Streikregulierung und Gewerkschaftsgerichtsbarkeit sich entwickelte, das findet hier in der Gewerkschaften der Erwerbslosenversicherung als eine weitere Ergänzung der Wirtschaftsdemokratie seine Fortsetzung. Vielleicht tauschen sie bei der Gelegenheit auch gleich den Schwinkel mit der Arbeitsbeschaffung ein.

Auch für die gewerkschaftlichen Konkurrenzgebilde, vor allem die RGO, bieten sich hier weitere Chancen. Wenn Leosowski auf dem 5. Weltkongress der RGO sagte: „Deshalb müssen wir in den orientierten Ländern, wo wir revolutionäre Gewerkschaften besitzen, es durchzusetzen suchen, daß die Tarifverträge von unseren Verbänden abgeschlossen werden“, so wird es jetzt folgerichtig weiter heißen, daß diese neuen staatlichen Aufgaben der Gewerkschaften übertragen werden sollen.

Wenn sich die Gewerkschaften wundern, daß die Regierung so schweigsam ist, so haben wir allen Anlaß, die Arbeiter darauf hinzuweisen, welche neuen Pläne gegen sie in Vorbereitung sind. Man schweigt schon gerne, denn die Arbeiter sind ja gewöhnlich damit beschäftigt, die Aufgabe der Aufhebung der Schichtungs- „Kämpfen“, um so besser reifen diese Pläne einer weiteren Faschisierung heran. Sind dann erst die Wahlen vorbei, dann wird die ernüchterte Arbeiterschaft sehen, daß auch „großen Männern“ die Übernahme der Betriebe, wenn die Arbeiter sie werden vollendete Pläne der Öffentlichkeit unterbreiten, aber nicht für, sondern gegen die Arbeiterklasse.

# Australien in der Wirtschaftskrise

Die kapitalistischen Theoretiker, besonders die englischen, aber auch die der anderen europäischen Länder, haben lange Zeit ihre Zuflucht zu dem Beispiel Australien genommen, um zu versuchen, die Möglichkeit der „friedlichen“ Entwicklung des Kapitalismus und die Möglichkeit einer fortschreitenden Besserung der Lage der Arbeiterklasse zu „beweisen“. Die englischen Sozialdemokraten und die des Kontinents versuchten, den europäischen Arbeitern am Beispiel Australiens die Möglichkeit der friedlichen Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse auf parlamentarischem Wege zu beweisen und haben stets das Wachstum der staatskapitalistischen Unternehmungen in Australien als die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft hingestellt.

Es ist notwendig, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die australischen Arbeiter in der Periode der günstigen Monopolstellung des britischen Kapitalismus als Einwanderer aus England kamen und die liberalen Arbeitstraditionen der erfahrenen englischen Arbeiter übertrugen. Die australische Labour Party, die auf den Traditionen basierte und durch deren Bürokraten organisiert und geleitet wurde, begann ihre Rolle schon Anfang dieses Jahrhunderts nicht als „Dritte Partei“, sondern als eine von den Parteien des australischen Kapitalismus, als liberal bürgerliche Partei und spielte in der Entwicklung des australischen Kapitalismus dieselbe Rolle wie in anderen Ländern die liberale Partei. Das war deshalb möglich, weil die Entwicklung des australischen Kapitalismus nur auf der Basis der schnellen Investitionen britischen Kapitals begangen hatte. Die kapitalistische Entwicklung war nicht mit der Aufhebung der feudalen Verhältnisse verbunden. Australien war das beständigste agrarische Hinterland des britischen Imperialismus und bedeutete eine Erweiterung des britischen Kapitalismus.

Die Kriegszeit und die Nachkriegszeit waren für die Industrie und das Kapital Australiens eine Periode schnellen Wachstums (von 12 000 Fabriken des Jahres 1907 auf 23 000 im Jahre 1920, die schnelle Ausdehnung des Kohlen- und Erzbergbaus und der Holzindustrie das Anwachsen der Trusts und Monopole, die Erstarbung der australischen Banken und Finanzen und die Entdeckung der staatskapitalistischen Unternehmungen auf der Basis des schnellen Anwachsens der nationalen Schmelze), also eine Periode, in der der australische Kapitalismus völlig über die „anormalen Bedingungen“ seiner früheren Entwicklung

# Schwerindustrie im Krisenturm

## Der „Sozialismus“ marschiert schon wieder!

Die deutsche Schwerindustrie ist in einer solchen katastrophalen Lage, wie sie die Geschichte des Kapitalismus bisher nicht kennt. Im Stahlerzeugungsbau sind noch 332 000 Arbeiter beschäftigt gegen 505 000 Ende 1928, im Eisenhüttenbau 69 000 gegen 91 000. Der Absatz ist auf den Stand um 1900 herabgesunken, als der moderne Maschinenkapitalismus noch werden, daß die Feierschichten noch mit solcher Umlaufzeit genommen haben wie jetzt und die Lagerbestände umfange an dem je. Der Stahlmarkt hat das Geschäftsjahr 1931 mit 20 Millionen Mark Verlust abgeschlossen. Nichts destoweniger hat er noch 40 Direktoren mit Riesenzinsen, viermal soviel als nötig wären. Der Bankrott in des Wortes vollster Bedeutung ist da.

In dieser Situation ist es selbstverständlich, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf Mittel sinnen, dem Schwerindustriekapital außerordentliche Hilfe zu bringen. Dazu ist nötig, daß das Proletariat auf außerordentliche Weise angezogen und ausgeblendet wird. Das kann natürlich nur der „Sozialismus“ sein, wie sie ihn aufpassen. Der Lohnabbau stellt seiner ganz natürlichen Grenze entgegen, wo die Proleten auf der eisernen Front der Generale, Rittergutsbesitzer, Bankiers und Schwerindustriemagnaten ausbrechen würden. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag eingebracht, den Bergbau und die mit ihm zusammenhängenden schwerindustriellen Betriebe zu verstaatlichen. Dieses saubere Plänkchen, hinter dem die Schwerindustrie selbst steckt, geht auf nichts geringeres hinaus, als den Industriellern ihre verloderten und bankrotten Betriebe abzugeben, sie der Sorge um die Betriebe zu entziehen und zu Staatsrentnern zu machen.

Die Möglichkeit, auf diese Weise die Grundstoffe des industriellen Produktionsprozesses zu „sozialisieren“, sind schon in der Weimarer Verfassung „verankert“ wie die Betriebsräte. Schon vor 12 Jahren beschäftigte man sich damit, als es galt, dem Kampf um den Sozialismus die Spitze unzubringen. Diesem Kampf vor Gericht bezeichnete: „Wir entsinnen uns doch noch: „Der Sozialismus marschiert“. Als dann die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und die sonstigen Verbände der heutigen Eisernen Front die Revolution im Blute erstickt hatten, endete der Marsch im Reichskolossar, einem Gebilde, das auch heute besteht, in dem die Gewerkschaften, die in dem Montankapitalisten stets den Abbau aller Revolutionen vorgebereiten und wo auch die Eisernen Front zur Hindenburgwahl geboren wurde. Damals „wußten“ die Gewerkschaften, daß noch mit der kapitalistischen Demokratie, d. h. die Arbeiter und die Gewerkschaften, die die Arbeiter herauszuschneiden werden kann. In dieser Zeit hat der Kapitalismus im Inlande und der Imperialismus in den Weltkrielländern nicht mehr für die Dividenden und die Rente des Abbau entwickelt. Die deutsche Schwerindustrie kam zu drei Vierteln einerschrottet werden.

Und jetzt, jetzt, kommt das saubere „Sozialistisches Plänkchen“ der Sozialdemokratie und Gewerkschaften! Da die Staatskassen leer sind, ist das Plänkchen so gedacht, daß den Aktionären und Generaldirektoren der Kaufpreis in Gestalt von laufenden Renten ausbezahlt wird. Die Proleten schutzen dann nicht mehr für die Dividenden und die Rente des Abbau entwickelt. Die deutsche Schwerindustrie kam zu drei Vierteln einerschrottet werden.

Und jetzt, jetzt, kommt das saubere „Sozialistisches Plänkchen“ der Sozialdemokratie und Gewerkschaften! Da die Staatskassen leer sind, ist das Plänkchen so gedacht, daß den Aktionären und Generaldirektoren der Kaufpreis in Gestalt von laufenden Renten ausbezahlt wird. Die Proleten schutzen dann nicht mehr für die Dividenden und die Rente des Abbau entwickelt. Die deutsche Schwerindustrie kam zu drei Vierteln einerschrottet werden.

# Proletarisches Notizbuch

Amsterdam. Die Niederländische Sozialdemokratie hielt Ostern ihre Parteilage in Harlem ab, auf welchem eine Spaltung vollzogen wurde. Die Opposition trat nach der Abstimmung, in welcher sie mit 460 gegen 1599 Stimmen unterlegen war, zu einer Sonderkonferenz zusammen, in welcher sie sich als Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituierte.

Bremen. Die deutschen Hochseefischereien haben an alle beteiligten Ministerien des Reiches und der Länder folgendes Telegramm gesandt: „50 Prozent der deutschen Fischdampferflotte wurden heute angelegt. Weitere Stilllegungen werden folgen. Sofortige Durchführung der von uns erbetenen Maßnahmen ist dringend erforderlich, wenn nicht ein völliger Zusammenbruch der Seefischwirtschaft erfolgen soll.“

Die erbetenen Maßnahmen verstehen sich in Subventionen; denn was Hapag-Lloyd recht ist, kann den Fischerei-Kapitalisten nur billig sein.

# Organisatorische Mitteilungen

Achtung! Achtung!  
Am Mittwoch, den 6. April 1932, abends 7.30 Uhr, findet an bekannter Stelle die Kassenrevision statt.  
Der Obmann.

# Eingänge für den Brieffonds

Im Monat Januar.  
Weißentals A. P. . . . 1,85 RM.  
Weißentals Sch. . . . 2. — RM.  
Im Monat März.  
T. R. O. . . . 3,60 RM.  
E. S. 3. Bez. . . . 5. — RM.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Hackbarth, Berlin-Lichtenberg. — Druck: Druckerei für Arbeiterliteratur Willy Iszndon, Berlin O 17, Lange Str. 79.

# Ma-Nummer Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands  
Berlin, Mai 1932  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13.  
Bei Bezug unter Streifenband für In- und Ausland 20 Pf. inkl. Porto. Erscheint vorläufig monatlich.  
Inserate werden nicht angenommen.

# Tanz in Ketten

Der „Aufmarsch“ des deutschen Proletariats am 1. Mai 1932 ist gewissermaßen der Schlußakt einer grandiosen Tragikomödie. Er wird um so „überwältigender“, wenn, als die herrschende Klasse keinerlei Veranlassung hat, diese „Kraftentfaltung“ zu fürchten und ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Der Geist des kaiserlichen Deutschland, der Geist Hindenburgs, der Geist der kaiserlichen Hirnen, Der Gedanke des Sturzes der bürgerlichen Gesellschaft ist für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften das teuflischste Beginnen und Verbrechen. Das wird ein Mai werden, „für Gott und König und Vaterland“, in dem modernisierten Sinne, daß an Stelle des Gottes längst der Geldsack getreten ist. Der Gott ist für die, die kein Geld haben. Die Kaiser und Könige sind unter die Grobrentenäre gegangen, weil im Zeichen des Zusammenbruchs und der Auflösung der „gottgewollten Ordnung“, die „Selbstherrschafft“, die „Demokratie“, das letzte Mittel ist, die Sklaven in die untergehende Ordnung zu fesseln. Sie sollen in selbstgeschmiedeten Fesseln verenden. In dieser Situation sind Kaiser und Könige nur störende Götzen, die verbrannt werden müssen, denn sie werden leicht als Urheber des Übels angesehen. Da ist man am besten für den „Fortschritt“.

Während Millionen zu den Stempelmärkten pilgern, mit leeren Mägen und stinkenden Lumpen auf dem Leib; Banken und Konzerne verkrauchen, die Maschinen in den Fabriken verrotten und die ersten Stichflammen eines neuen Weltkrieges chinesische Proletenstände in Massen größer verandern, brüllen von den Plakatsäulen die „großen Männer“, die uns belehren: „Männer machen die Geschichte“. Sie haben demnach auch bis heute die „Geschichte“ gemacht, sind, wenn man diesen Stumpf sinn ernst nehmen, verantwortlich für das Leichenfeld nicht nur im Krieg, sondern auch im „Frieden“. Wenn Worte einen Sinn haben, gehören sie alle miteinander an den Galgen, diese großen Männer, die nun weiter Geschichte machen wollen. Erschütternd komisch, dieses Bild, an sich betrachtet: Die „großen Männer“ wissen keinen Rat im Chaos, wie Panoptikumfiguren werden sie aus dem Hexensabbat. Wie Geisterfratzen ragen sie von den rebellierenden Produktivkräften der kapitalistischen Ordnung ins Licht gehoben, um wieder zu verschwinden. Das Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs überbringt ihr fächerliches Geschrei.

Wo ist Rettung, Rettung für die, deren Politik ja nur darin besteht, ihre Tage, die ihnen auf dieser Welt noch beschieden sind, auszufüllen, indem sie von der Konkurrenz zehren. Oekonomisch sind sie alle am Ende ihrer „Wissenschaft“, doch politisch besteht die Möglichkeit, einige Millionen Proletarier in einem neuen Weltkrieg zu opfern. Wohl wird dadurch das Werk der Selbstvernichtung nur noch in rasendem Tempo fortgesetzt, aber es ist Zeit gewonnen, wenn die Millionen Proletarier in einer falschen Richtung marschieren. Die Nutznießer zehren in den noch verbliebenen Ruinen ihres Vaterlandes vom Gold, das But einbringt, „wenn hinten, weil in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“. Die „Kunst“ der „großen Führer“, der bürgerlichen Politik überhaupt, besteht darin, die Dumtheit und die verherberischen Instinkte der Massen in dem Grade zu mobilisieren, daß sie für diesen „Ausweg“ in Bewegung gesetzt werden können.

Hindenburg beschwor den „Geist von 1914“ heran und prompt reagiert der Partner des „kleinen Metallarbeiter“, Herr Ministerpräsident Braun, um im echten Zorn eines um seinen Knochen besorgten Hundes zu verkünden, daß die Sozialdemokratie bereit stände zu neuem „Jeder Schuß ein Russ, jeder Stoß . . .“ je nach Lage der Dinge. Dieser „Bekennermut“ soll die „Nationalsozialisten“ schamhaft setzen, die als verrückt gewordene Spießbürger den Krieg gegen den „äußeren und

inneren Feind“ als ihr urreigenstes Patent proklamieren. Sie haben sich verrechnet.

Am 11. 4. trat manes der „Eisernen Front“ und offenbar auch als Regierungsbevollmächtigter Otto Braun in die Arena und beschuldigte die Nazis der folgenden „ungeheuerlichen Verbrechen“:

„Im Besitze der Regierung befinden sich Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Nationalsozialisten einen Angriff auf die deutschen Grenzen als Gegenstand zu einem Putzsch benutzen wollen.“

Adolf Hitler misse offenbar von dem Inhalt dieser Schriftstücke Kenntnis haben, denn er sei in seiner Rede in Lauenburg in Pommern am 5. April auf ihn eingegangen, indem er dort folgendes gesagt habe:

„Wenn man seiner Partei vorwerfe, daß sie sich einstellen weigere, die deutschen Grenzen zu schützen, so müsse er allerdings sagen, daß er seine Kämpfer nicht für das System opfern wolle. Er werde die Grenze erst dann schützen, wenn die Träger des gegenwärtigen Systems beseitigt wären.“

Und nun muß man den „Vorwärts“ genießen, das Schandmanöver der „Nie-wieder-Krieg“-Partei, um zu wissen, mit welcher Wollust diese „Pazifisten“ den „Aufbruch der Nation“ erwarten, und mit welcher Unverfrorenheit sie die niederträchtigste Kriegshetze entfachen.

Die Wirkung dieses von Otto Braun vorgebrachten Zitats aus der Rede Hitlers auf die Rieserversammlung läßt sich schwer beschreiben. Es schien zunächst, als ob dann Otto Braun mit zitierendem Hohn fragte, ob denn nach Hitlers Meinung die Polen an der Grenze warten würden bis er mit seiner Privatarmee nach der „Verlängerung des Systems“ an die Grenze zurückkäme, als er weiter die Frage aufwarf:

„Was dem aus Deutschland geworden wäre, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter im August 1914 — da erst brach aus 18 000 Kömern der Schrei aus, ein Schrei der Wut, der Empörung, der Verachtung!“

Da waren alle Parteigenossen, die vor 18 Jahren trotz Dreiklassenwahlrecht und Kaiserreden die Kanne auf den Rücken genommen und ohne Herren ihre Pflicht getan hatten. Da waren auch viele, die an das freche Wort des Burschen Goebbels dachten von der „Partei der Deserteure“.

Die Partei der Deserteure — da steht sie!“

Doch der „Vorwärts“ begnügt sich nicht mit der ekelhaften Spekulation auf das „Gemit“ beschränkter Philister. Er droht mit giftigem Geifer:

„Das Strafgesetz des Deutschen Reiches bedroht in den §§ 89 und 90 Handlungen, die die beabsichtigten mit lebenslangem Zuchthaus.“

# Weißer Salbe

Die kapitalistische Krise hat 25 Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen. Davon zählt Deutschland allein 7 Millionen. Dies ist aber keineswegs eine Entlastung. Der Schrumpfungprozess der deutschen Wirtschaft geht weiter. Er steigert sich von Tag zu Tag. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist chronisch geworden. Von den 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit. Wie stark die industrielle Produktion in Deutschland zurückgegangen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß der deutsche Industrielle Index von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart gesunken ist. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion ging von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Jahre 1931 zurück. Der Gesamt rückgang der industriellen Weltproduktion gegenüber dem Stand von 1928 beträgt ein Drittel, während der deutsche Rückgang fast 50 Prozent ausmacht. Das Kapital sieht in dieser Lage die Möglichkeit einer Aenderung in der Weltwirtschaftskrise. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der auf dem Krisenkongress des ADGB in offiziellem Optimismus machte, erklärte, daß das englische und amerikanische Kapital mit einem Wendepunkt in der Krise erst für das Jahr 1933 rechnen. Er hat aber keineswegs angeben, woher plötzlich dieser Umschwung kommen soll und welche Anzeichen dafür vorhanden seien. Wahrscheinlich hat er solche Probenzeichen aus dem Gefühl heraus aufgestellt, daß der brave Bürger noch irgendwelchen zeitlichen Anhaltspunkt, irgend eine Hoffnung auf ein besseres Diesseits haben müsse, denn die Verströbung auf die Jenseits zieht heutzutage doch nicht mehr.

Die deutsche Regierung kann sich aber mit der Verströbung auf die Besserung im Jahre 1933 allein nicht begnügen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit verlangt geheimerisch sofortige Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. 7 Millionen Erwerbslose können auf die Dauer nicht von den Arbeitenden jährelang miternährt werden. Der Profit muß unter dieser ungeheuren Belastung immer mehr zurückgehen. Die bisherigen Mittel der Herabsetzung der Löhne, der Herabsetzung der Unterstützungsätze der Erwerbslosen haben nicht genügt, im Gegenteil ist durch diese Maßnahmen ein weiterer Rückgang der Gesamtproduktion herbeigeföhrt worden. Dieser Vorgang ist eine selbstverständliche Folge der Tatsache, daß die Preise in keiner Weise im Verhältnis zu dem Rückgang der Löhne stehen. Die Schere zwischen Preisen und Löhnen steht weit offen. Wenn der Schrumpfungprozess in der Wirtschaft aufgehoben werden soll, so muß künstlich zusätzliches Kapital in die Wirtschaft hineingepumpt werden. Bisher ist dies in der Form geschehen, daß mehrere Milliarden für die Sanierung der Wirtschaft ausgegeben wurden und zwar in der Form von Subventionen an die Industrie und Banken. Zum Ausgleich der durch die Krise entstandenen Verluste. So wurden für die Sanierung der Großbanken 1 Milliarde Mark ausgegeben. Für die Ostbahn belief sich die Subvention im Jahre 1930 und 1931 auf zusammen 170 Millionen. Die Unterstützung der Landwirtschaft durch Preisüberhöhungen auf Grund von Zöllen wird für das Wirtschaftsjahr 1930—31 auf 2 Milliarden geschätzt. An Hausbesitz, Kleinhandel usw. wurden ebenfalls Subventionen in verschiedener Form gegeben. All diese Hilfestellungen

Welcher Arbeiter, der nicht völlig verblüfft ist, nimmt die Lüge ernst, diesem Wutausbruch wäre an die Hiltener Appell dieser Kloake an die horkenden Klassen, das revolutionäre Proletariat, das gegen den Krieg und die Kriegshetze aufsteht, zusammenschließen? Welcher Arbeiter versteht nicht die hundsgemein niederrichtige Verleumdung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und der tausenden Namenlosen, die gegen den Krieg kämpften und deshalb gemordet wurden?

Welcher Arbeiter versteht nicht, daß man dann „deutsche“ und Hitler nebst Anhang mit Noske und Konraden in der Niedermetzlung der Proletarier nicht zum ersten Male reibungslos Hand in Hand arbeiten? Am ersten Mai 1932 marschieren die Braun, Severing, Stamper und Wels mit roten Netzen im Zug. Die KPD sabbert über den „Sozialismus“ in Rußland, der „Friedenspolitik“ des Arbeiterstaates, macht mit ihrer „falschlichen Knochenweichung“ die Arbeiter müde, die dem Gift der „Völkerfreunden“ noch widerstanden, hetzt ihre Anhänger auf Kommando der herrschenden

Klasse von einem Wahlkampf in den anderen, hilft die Tatsache verunkeln, daß das Proletariat in den Ketten tanzt zum Gaudium seiner bankrotten Ausbeuter, während die geistige Verwirrung und Demoralisierung mit der Katastrophe wächst.

Die Parole der Klassenbewußten Arbeiter ist: Kampf der trügerischen Tradition, Distanz zu dem Hexensabbat der Geister, Bereitschaft zum Handeln. Nichts kann das Erwachen verhindern. Auch die grotesken Rößlischer-Kniffe und Masken der „großen Männer“ beweisen, daß sie sich fürchten.